

■ In Deutschland ist man es gewohnt, in Sachen Geldwäsche und Steuerhinterziehung mit dem Finger auf andere zu zeigen. Dabei spricht vieles dafür, dass Deutschland selbst inzwischen zu einem sicheren Hafen für die gestohlenen Reichtümer von Diktatoren, Steuerfluchtgeldern und Mafiavermögen aus aller Welt geworden ist.

Steueroase Deutschland

Wie Deutschland im internationalen Steuerflucht- und Geldwäschegeschäft mitmisch

Markus Meinzer



Markus Meinzer
Vorstandsmitglied
sowie Steueranalyst
beim Tax Justice Network
und Autor des
Buches »Steueroase
Deutschland« (Verlag
Beck, 2015).

Nigerias ehemaliger Diktator Sani Abacha soll mehr als fünf Milliarden US-Dollar gestohlenen Vermögen ins Ausland gebracht haben. Als er 1998 unter dubiosen Umständen starb und sein Amtsnachfolger Olusegun Obasanjo die Rückholung der gestohlenen Staatsschätze in Angriff nahm, froren Großbritannien und die Schweiz Abachas Vermögen ein. Darunter waren offenbar Konten der Londoner Niederlassungen von Commerzbank und Deutscher Bank. In einem Bericht des nigerianischen Generalstaatsanwaltes Bola Ige über die versteckten Gelder des Abacha-Regimes äußerte Ige den Verdacht, dass Abachas Gelder auch im deutschen Finanzsystem bei inländischen Banken angelegt waren. Kurz nachdem der Bericht bei den Vereinten Nationen eingereicht wurde, erschossen unbekannte Täter Ige in seinem Haus. Es bleibt offen, ob zwischen dem Mord und dem Bericht ein Zusammenhang bestand.

Transparenz Fehlanzeige

Auch im Hinblick auf die Finanzaufsicht ist der Kontrast zwischen den Reaktionen in der Schweiz und in Deutschland im Fall der Vermögen des Abacha-Clans beachtlich. Wäh-

rend die Schweizer Seite besondere Prüfungen bei den entsprechenden Banken durchführte, um die Einhaltung der Geldwäschebestimmungen im Zusammenhang mit den Konten von Abacha zu sichern, sind von der deutschen Seite keinerlei Anstrengungen in diese Richtung bekannt. Die Schweizer Finanzaufsicht veröffentlichte das Ergebnis ihrer Prüfung, bei der nur fünf Banken keine Mängel nachgewiesen wurden. Bei vier Bankengruppen waren die festgestellten Mängel so gravierend, dass diese formal verwarnt, Vorstandsmitglieder entlassen oder deren gesamte Kundenbasis von externen Prüfern durchgegangen wurde. In Deutschland hingegen sucht man Schritte in Richtung Transparenz vergeblich.

Einer der Gründe, weshalb es leicht ist, hierzulande Geld zu verstecken, besteht im lückenhaften Vortatenkatalog zur Geldwäsche. Bis heute fehlen allen voran die Steuerhinterziehung (etwa im besonders schweren Fall), Untreue, Vorteilsnahme oder Erpressung. So lange diese Straftaten nicht als Geldwäsche gelten, riskieren es Banker noch nicht einmal sich strafbar zu machen, wenn sie Geld annehmen, das aus diesen Straftaten stammt – so lange diese nur im Ausland begangen wurden. Die Devise scheint zu lauten: So lange dem deutschen Fiskus und der deutschen Wirtschaft nicht geschadet wird, ist uns die Herkunft des Geldes weitgehend egal.

Reaktion auf Panama-Papiere

Der Schutz einer zögerlichen Veröffentlichungs- und intransparenten Verwaltungspraxis im Geldwesen genießt in Deutschland bis heute politisch höchste Priorität. Die Bundesregierung kämpfte im Mai 2014 im Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU praktisch allein gegen die Veröffentlichung von Geldwäsche-Sanktionen. Obwohl die namentliche, öffentliche Nennung all jener, die gegen das Geldwäschegesetz verstoßen haben, geboten ist, dürften großzügige Ausnahmen und Einzelfallprüfungen dazu führen, dass es weitgehend dem Belieben der zuständigen Behörde überlassen bleibt, ob eine Sanktion öffentlich bekannt wird. Somit dürfte sich an der deutschen Praxis wenig ändern.

Auch beim zweiten zentralen Punkt, bei der Novellierung der EU-Geldwäscherichtlinie führte die Bundesregierung die Gruppe der Transparenzgegner an. Allen voran forderten Großbritannien und Frankreich, dass Daten über die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen öffentlich verfügbar gemacht werden sollen. Doch auch die »GroKo« ließ eine Kehrtwende oder gar ein klares Bekenntnis zu öffentlichen Registern bei den Verhandlungen vermissen. Sie wehrte sich auf EU-Ebene bis zuletzt vehement gegen die Vorschläge zur Veröffentlichung der wahren Firmeneigentümer. Erst im Zuge der Enthüllungen um die Panama-Papiere begann sich immerhin die Position der SPD zu bewegen.

Steuerfreie Geldanlagen

Zum Glück haben sich die EU-Kommission und andere EU-Staaten von Deutschland bisher keinen Maulkorb verpassen lassen. Momentan ist geplant, dass ein zentrales öffentliches Register der Eigentümer von Firmen und einiger weniger Trusts wird in jedem EU-Mitgliedsstaat eingeführt werden muss. Der Lackmusest aber, ob nämlich die deutsche Regierung diesen Vorschlag den Europarat passieren lässt, steht bis Anfang 2017 aus.

Spätestens seit 1984 ist Deutschland nicht mehr nur Opfer von Steueroasen, sondern selbst Täter. So schaffe die Regierung damals die Steuer auf Staatsanleihen von Steuerausländern (»Couponsteuer«) ab, und ermöglichte es damit ausländischen Steuerhinterziehern, steuer- (und weitgehend risiko-) frei ins deutsche Finanzsystem zu investieren. Damals begann die deutsche Regierung, die Strategien anderer Steueroasen im Inland nachzuahmen. So wundert es nicht, dass sich die steuerfreien verzinsten Anlagen, die von ausländischen Investoren im August 2013 im deutschen Finanzsystem gehalten wurden, auf 2,5 bis 3 Billionen Euro beliefen. Es wird höchste Zeit, dass sich Deutschland von diesem Irrweg verabschiedet.